An die

Oberschulbehörde

hier .

In der Anlage reiche ich den mit Schreiben v. 29. Mai übersandten, am 2. Juni d.J. zugestellten Fragebogen im entsprechenden Teil ausgefüllt wieder zurück. Gleichzeitig füge ich nachstehend eine Aussetzung zu der mir gemachten Mitteilung bei.

Die Gründe, welche die Oberschulbehörde bestimmen könnten, zu beantragen, mich nach § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst zu entlassen, sind mir nicht bekannt. Es ist jedoch meine Ueberzeugung, dass bei einer Würdigung der im folgenden berichteten Tatsachen für eine hohe Behörde sich die Möglichkeit ergeben wird, von dem beabsichtigten Antrag Abstand zu nehmen. -

Wie meine Angabe zu Abschnitt 5 des Fragebogens ergibt, bin ich mehrere Jahre eingeschriebenes Mitglied der SPD gewesen. Aus dieser Mitgliedschaft habe ich in der Öffentlichkeit nie einen Hehl gemacht, wenn ich auch keineswegs immer mit der Führung und allen Zeilen der Partei einverstanden war. Gerade diese Tatsache hat mich veranlasst, jederzeit die Annahme irgendeines Parteiamtes, eines Mandates oder einer offiziellen Funktion abzulehnen, wie ich auch die eigentlichen Parteiversammlungen nicht besuchte. Seiner Zeit stiess ich zur SPD durch meine Sympathien mit den religiösen Sozialisten, zu deren Gruppe ich mich stets rechnete. Aus meiner Beschäftigung mit dem schwäbischen Pfarrer Joh. Gottl. Blumhardt, dessen von Friedrich Zündel verfasstes Lebensbild ich neu bearbeitete und herausgab, gelangte ich zu der Einsicht, dass Christentum und Sozialismus zusammengehören. Auf dieser geistigen Grundlage habe ich im Anschluss an meine Freunde aus dem Kreis der "Neuen Blätter für den Sozialismus" innerhalb der Partei zu wirken versucht. Wenn ich z.^{B.} gelegentlich einmal in einer Bezirksversammlung sprach, wähl-

te ich immer ein besonderes kulturpolitisches Thema. So habe ich u.a. einmal in Moisling bei einer Maifeierkundgebung auf die Notwendigkeit einer tieferen Bedeutung dieser Feier in demselben Sinne hingewiesen, und meine letzten beiden Ansprachen in zwei Bezirksversammlungen im Herbst vergangenen Jahres behandelten die Frage "Was trennt uns von den Kommunisten?". Abgesehen von meinen theologischen Studien - ich besitze die Lehrbefähigung für evangelischen Religionsunterricht an höheren Schulen - habe ich aus einer solchen geistigen Haltung heraus, die ich hier gerade nur andeuten kann, mich niemals von der Kirche gelöst. Andererseits ergibt diese Grundlage von selbst, dass ein gehässiges, beschimpfendes oder hetzerisches Auftreten für mich eine innere Unmöglichkeit war und mir sicherlich nicht vorgeworfen werden kann. Ebensowenig habe ich national gesinnte Beamte verfolgt, zurückgesetzt oder sonst geschädigt.

Dass ich im Gegenteil die Abwehr eines ~~NI~~ solchen Verhaltens versuchte, mag nur ein Beispiel bekräftigen. Im März 1932 trat ich in einer öffentlichen Vortragsveranstaltung der Lübecker Volkshochschule, bei der Hauptschriftleiter Beck vom Lübecker General-Anzeiger und Schriftleiter Dr. Solnitz vom Volksboten über Aufgaben der Presse sprachen, dem letzteren so heftig entgegen in der Debatte, dass er ein Ausschlussverfahren aus der Partei gegen mich in die Wege leiten wollte.

Nach dem Sieg der nationalen Revolution habe ich mich aus den Listen der SPD streichen lassen, weil ich einsah, dass die Staatsform der Demokratie versagt hatte und in Deutschland unmöglich geworden war. Ich muss mich aber nach wie vor zur sozialistischen Idee bekennen.

Ueber meine Stellung zur Nation darf ich vielleicht folgendes sagen. Ich stamme väterlicher - wie mütterlicherseits aus alten evangelischen Bauerngeschlechtern, die seit Jahrhunderten in der oberhessischen Wetterau ansässig sind. Die Geschichte meiner väterlichen Familie lässt sich bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts zurückverfolgen. Meine Eltern sind - mein jetzt 79jähriger Vater war Mittelschullehrer - von streng nationaler und positiv-christlicher Gesinnung. Meine Frau stammt aus einer christlichen, ursprünglich rheinischen Familie. Nach dem Kriege von 1870/71 kam mein Schwiegervater ins Elsass und war zuletzt deutscher Bürgermeister der lothringischen Stadt Bitsch. Beim Zusammen-

bruch 1918 verlor er durch den Einmarsch der Franzosen Hab und Gut. Aufschwerste verfolgt hat seine Familie und mit ihr meine spätere Frau als um ihres Deutschtums willen Verträübene grösstes Leid durchgemacht.

Während meiner Studienzeit gehörte ich zu den Kreisen der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV). Durch einen wohl seit meiner Geburt mir anhaftenden körperlichen Fehler (Hüfteverschiebung) zum Dienst mit der Waffe d. u. hatte ich mich bereits vor Ausbruch des Weltkrieges der Organisation des Roten Kreuzes für den Dienstfall zur Verfügung gestellt. Am 2. August 1914 trat ich in Giessen in den Dienst der freiwilligen Krankenpflege und blieb in ihm teils an der Front, teils in der Etappe und der Heimat ununterbrochen bis zum Ende des Jahres 1918. Meine Tätigkeit fand ihre äussere Anerkennung u. a. durch die Auszeichnung mit den Rote-Kreuz-Medailönen 3. und 2. Klasse und dem Hessischen Kriegsehrenabzeichen. Der Reichsverband ehemaliger Kriegsgefangener ernannte mich zu seinem Ehrenmitglied, da ich mich gegen und nach Ende des Krieges vor allem der Vermisstenermittlung und Kriegsgefangenenfürsorge zugewandt hatte. Ich gründete in der Provinz Oberhessen den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zävilgefangenen und den Volksbund für Kriegsgräberfürsorge. Durch die Ueberanstrengung meines Kriegsdienstes hat sich mein körperliches Leiden wesentlich verschlimmert. Urkunden, Zeugen und gedruckte Berichte für die Richtigkeit aller dieser Angaben stehen mir zur Verfügung.- Später habe ich meine Zugehörigkeit zur SPD nie als einen Widerspruch gegen meine Bindung an Volk, Boden und ihre Geschichte empfunden, da ich die Verwirklichung des Sozialismus vor allem und zunächst innerhalb der Nation erstrebte.

Schliesslich bitte ich, noch folgendes ausführen zu dürfen. Ueber meine berufliche und dienstliche Leistung steht mir selbst ein Urteil nicht zu. Sie zu bewerten dürfte jetzt in erster Linie der Kommissar bei der Stadtbibliothek, Herr Archivrat Dr. Fink berufen sein. Als wissenschaftlicher Bibliothekar habe ich ausser meiner Berufsarbeit mich auch sonst wissenschaftlich betätigt und dabei die Anerkennung vieler anerkannter Fachleute für meine literarischen Veröffentlichungen gefunden. In der Lessingforschung ist mein Name nicht unbekannt und ich glaube ohne Anmassung behaupten zu dürfen, dass ich zur Zeit der beste Kenner

Emanuel Geibels bin, dessen Werk der Gegenwart wieder zu erschliessen und dessen Lebensgeschichte zu schreiben als Aufgabe vor mir steht.

Da ich als wissenschaftlicher und nicht als Volksbibliothekar und ferner nicht als Leiter an die Lübecker Stadtbibliothek berufen, also nicht leitender Beamter bin, ist eine Kollision meiner Arbeit mit der neuen Staatsauffassung völlig ausgeschlossen. Ausserdem habe ich Herrn Archivrat Dr. Fink durch Handschlag versprochen, mich in Zukunft jeder politischen Tätigkeit zu enthalten. Denn ich bin nicht nur bereit, im neuen Staat in loyalster Weise mitzuarbeiten, sondern auch im Rahmen meines Berufs positiv für den Aufbau dieses Staates meine ganze Kraft einzusetzen.

Sollte eine mündliche Aussprache über das Vorstehende wünschenswert erscheinen, bitte ich über mich zu verfügen.

Mit der obigen Zusicherung schliesse ich diese Aeusserung, um mit ihr mein Schicksal in die Hand eines Hohen Staates zu legen. Dabei rechne ich auf die von höchster Stelle wiederholt gegebene Zusage, dass allen, die guten Willens sind, die Hand zur Versöhnung gereicht und die Wege zu einer Mitarbeit geebnet werden sollen.

gez. H. Schneider